



B 90/Die Grünen • Rathaus • 51465 Berg. Gladbach

An die Bürgermeisterin
Frau Maria Theresia Opladen
- Rathaus -

51465 Bergisch Gladbach

im Stadtrat von
Bergisch Gladbach

Telefon + Fax 02202 / 14 22 42

email: gruenefraktion.gl@gmx.de
www.gruene.de/bergisch-gladbach

EINGEGANGEN

1-103
14. Dez. 1999

16. Dez. 2001

hat vorab Kopie
Ho

Bürozeiten:
die 9-14 Uhr, do 9-17 Uhr
BürgerInnensprechstunde:
montags 17-18 Uhr

14.12.99

Dringlichkeitsantrag für die Ratssitzung am 16.12.99: Zwangsarbeiter aus der NS-Zeit

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin,

wir bitten Sie, den nachfolgenden Dringlichkeitsantrag auf die Tagesordnung der Ratssitzung am 16.12.99 zu nehmen:

Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach bittet eindringlich die Firmen (bzw. deren Rechtsnachfolger) auf unserem Stadtgebiet, die in der NS-Zeit Zwangsarbeiter beschäftigt haben, sich an dem Stiftungsfond der deutschen Industrie zu beteiligen. Er bittet die betroffenen Firmen, sich hierzu unverzüglich öffentlich zu erklären.

Gleichzeitig wird die Bürgermeisterin gebeten, in der nächsten Ratssitzung über dieses Thema (Zwangsarbeiter in Bergisch Gladbach) zu berichten, soweit das Stadtarchiv hierzu Auskunft geben kann.

Begründung:

In diesen Tagen läuft das Ultimatum über die Einigung des Stiftungsfonds ab. Von daher ist es höchst dringlich, daß sich die Firmen in Bergisch Gladbach, die in der NS-Zeit zahlreiche ZwangsarbeiterInnen beschäftigt haben, erklären, um auch noch zu einem Gelingen der Verhandlungen beizutragen.

Nach den Recherchen des Autors Johann Paul ("Vom Volksrat zum Volkssturm", Heider Verlag 1988) gab es damals mindestens vier Firmen in Bergisch Gladbach, die ZwangsarbeiterInnen beschäftigt haben: Grube Lüderich, übergegangen vermutlich auf "Metallgesellschaft Frankfurt"; Gußstahlfabrik Risch; Fa. Glaswatte, heute G+H; Papierfabrik Zanders. Da öffentlich nicht bekannt ist, ob sich diese Firmen an dem Stiftungsfond beteiligen, sollte der Rat diese Firmen zu einer öffentlichen Erklärung zu diesem Sachverhalt auffordern.

Es steht dem Rat gut an, sich als politisch verantwortliches Gremium der Stadt dafür einzusetzen, daß sich die betroffenen Firmen bzw. deren Rechtsnachfolger - soweit dies noch nicht geschehen ist - an den Entschädigungszahlungen in angemessener Form beteiligen.

Unser Stadtarchiv kann ebenfalls aufklärend zu diesem Punkt tätig werden und den Rat informieren.

Ein gleichlautender Antrag wird von den Grünen im Kreis ebenfalls am 16.12.99 im Kreistag gestellt.

Magda Ryborsch
Fraktionsvorsitzende